

Die Toten im Mittelmeer sind unvermeidlich! Wofür?

Einleitung

Mehr als ein Jahr liegt die „Flüchtlingskatastrophe“ von Lampedusa bereits zurück, seither hat es weitere von noch größeren Ausmaßen gegeben. An öffentlicher Anteilnahme, an zur Schau gestellter Scham, Trauer und Betroffenheitsbekundungen der europäischen Eliten hat es nicht gemangelt, während das Sterben rekordverdächtig weiter geht.

Über 50 Millionen Menschen waren laut UNHCR im vergangenen Jahr auf der Flucht – mehr als je zuvor seit Weltkrieg Nummer 2 und allein sechs Millionen mehr als im Vorjahr. Nur ein kleiner Teil der Flüchtenden erreicht dabei die Außengrenzen der EU und versucht Mauern, Zäune und Seegrenzen ohne Erlaubnis des Staatenbündnisses zu überwinden. An ihren Grenzen zählte die EU-Statistik vor einem Jahr weit mehr als 20.000 Grenztote in zwei Jahrzehnten, inzwischen dürften es über 25.000 sein!

Eine Zwischenbemerkung: Der Vergleich dieser über 20.000 Grenztoten mit den etwa zweihundert (!) so genannten Mauertoten in 40 Jahren DDR-Geschichte verbietet sich in der öffentlichen Diskussion ganz selbstverständlich. Allein schon deshalb, weil die Mauertoten des ehemaligen Widersachers der Bundesrepublik als schlagender Beweis dafür gelten, dass 1. die Grenzpolitik in Ostdeutschland über Leichen gegangen ist, sich damit 2. die DDR insgesamt unmöglich gemacht hat und 3. schließlich so der Beweis unwidersprechlich erbracht wurde, dass die Marktwirtschaft alternativlos und ihre Gegner zu bekämpfen sind.

Zu einer solch fundamentalen Abrechnung, zu einem Rückschluss auf den Charakter des Systems der Bundesrepublik und EU bzw. der herrschenden Wirtschaftsweise insgesamt sind die Grenztoten im Mittelmeer anscheinend nicht geeignet.

Dennoch ist Kritik erlaubt und wird auch geäußert: Europaweit werfen Flüchtlingsgruppen, Linke und Menschenrechtler

den Verantwortlichen „Abschottung“ vor. Sie konstatieren, dass die EU keinen Schutz für Flüchtlinge sondern Schutz vor Flüchtlingen betreibt. Öffentlich verurteilt werden die Repräsentanten der EU für ihre angeblich „unterlassene Hilfeleistung“.

Mit diesen Aspekten möchte ich mich im Folgenden beschäftigen. Mit den Fluchtursachen, der Flüchtlingspolitik und ihrer tödlichen Konsequenz einerseits und mit der öffentlichen Auseinandersetzung über die so genannten Flüchtlingskatastrophen andererseits.

Der nun folgende Vortrag wird deshalb aus zwei Teilen bestehen. Teil I beschäftigt sich mit den Fluchtursachen und der Flüchtlingsabwehr der EU (45 Minuten), Teil II ist kürzer (ca. 15 Minuten) und setzt sich mit dem öffentlichen Diskurs zum Thema auseinander.

Teil I

Die Frage im Titel meines Vortrags lautete „*Die Toten im Mittelmeer sind unvermeidlich. Wofür?*“

Die Antwort darauf stelle ich als zentrale These vorweg, um sie anschließend zu beweisen. Sie lautet:

Die Flüchtlinge und ihre leichenträchtige Abwehr sind die unvermeidlichen Begleiterscheinungen des ökonomischen, politischen und militärischen Vorgehens und Erfolgs der EU-Staaten und ihrer Unternehmen!

Die Flüchtlingstoten sind unvermeidliche Folge des ökonomischen Erfolgs der EU (6 Gründe),

1. weil die EU (Deutschland vorneweg) mit ihren überlegenen Unternehmen und subventionierten Waren die afrikanischen und arabischen Ökonomien erfolgreich kaputt konkurriert und den betroffenen Menschen damit ihre Lebensgrundlage nimmt. Das tut sie durch Zerstörung traditioneller Wirtschaft und Märkte (Bsp. Hühnchenflügel und Schlachtabfälle aus Niedersachsen auf den Märkten Zentralafrikas) oder durch Ruinierung von deren wenigen

heimischen Unternehmen, insbesondere der verarbeitenden Gewerbe (Bsp. Fischindustrie im Maghreb), die dann ihrerseits keinen Gebrauch mehr von den eigentumslosen Arbeitskräften machen, so dass letztere jeglicher Existenzgrundlage beraubt sind.

2. weil die Lebensmittel bzw. fruchtbaren Böden exklusiv der Verwertung westlicher Kapitale dienen – und damit der örtlichen Bevölkerung als Lebensgrundlage entzogen werden (Bsp. Palmölplantagen in der Elfenbeinküste, Rosen aus Kenya, Erdnüsse aus Senegal Stichwort „Cash-Crop“ (engl. Geldpflanze)), die Fischfanggebiete (Bsp. Mauretanien), die Rohstoffvorkommen ihrer Heimat (Bsp. Uran aus Niger, Tschad und Mali).

3. weil die Menschen vor Ort zwar genau wie die abhängig Beschäftigten in Europa in Ermangelung alternativer Lebensgrundlagen existenziell darauf angewiesen sind, von einem Arbeitgeber angewendet zu werden, um leben zu können, weil sie im Unterschied zu europäischen Arbeitnehmern aber in der Regel als Lohnabhängige nicht gebraucht werden, sich in der Konkurrenz um die wenigen Arbeitsplätze auf Plantagen oder im Tourismus folglich immer weiter unterbieten und deshalb massenhaft verelenden (Exkurs relative und absolute Armut: relativ = getrennt von den Produktionsmitteln und Produkten, die sie im Auftrag und zum Zwecke der Bereicherung ihrer Arbeitgeber herstellen, die ihnen aber nicht gehören und von denen sie sich nur nach Maßgabe ihrer Lohnhöhe etwas kaufen können; absolut = nicht mal zur Ausbeutung benötigt, so dass Ausschluss rein negativ bleibt...),

4. weil sie also für das weltweite kapitalistische Geschäft in der großen Masse schlicht überflüssig sind, d.h. sie sind Überbevölkerung, die stört, wo immer sie rumvegetiert (Übergang zur Ordnungspolitik).

Mit anderen Worten: Weil die Freiheit, die den ehemaligen Kolonisierten gewährt wird, sich selbstverantwortlich um den eigenen Gelderwerb kümmern zu dürfen, die tatsächliche Möglichkeit dazu in ihrer Heimat keineswegs einschließt. (Trotzdem – darauf will ich besonders aufmerksam machen: Es gilt für sie Freiheit, nicht Zwang! Die Konsequenz: Früher hat man

Arbeitssklaven in Ketten über das Meer geschifft. Heute: Rudern sie selber und EU / USA können bequem entscheiden, wen sie reinlassen. Darin ist die heutige, freiheitliche Weltordnung tatsächlich die überlegene Herrschaftsform gegenüber den alten, kolonialistischen Zeiten...)

5. weil sie seit der Eurokrise selbst als Wanderarbeiter und Erntehelfer in der EU kaum noch gebraucht werden (Ironie: Mit ihren Drittwelt-Armutslöhnen, kombiniert mit der Produktivität europäischer Unternehmen und Landwirtschaft, tragen sie zur weiteren Ruinierung des heimischen Geschäfts und zum weiteren Sieg europäischer Unternehmen bei Bsp. Spanien, Bsp. Tönnies),
6. weil Weltbank und IWF darauf bestehen, dass die arabischen und afrikanischen Staaten die Ernährung ihrer Völker nicht subventionieren dürfen, wenn sie weiterhin vom Westen Kredit wollen (Bsp. Ägypten 2013).

Und sie sind die politisch unvermeidlichen Opfer, (7 Gründe)

1. weil nicht geduldet wird, wenn sich die Überflüssigen in ihrer Not gegen ihre politische Herrschaft auflehnen, anderen politischen Mächten oder alternativen Staatsprogrammen zuwenden, sofern dies den Ordnungsvorstellungen europäischer und amerikanischer Mächte widerspricht (Bsp. Ägypten, Somalia, Afghanistan, Kurden in Syrien (PYD), frühere antiimperialistische Projekte in Anlehnung an SU oder China, usw.)
2. weil EU und USA die Verzweifelten in Afrika, im Nahen und Mittleren Osten in Zentralasien für ihre Einflussnahme auf die Regionen zu instrumentalisieren suchen und westliche Regierungen die Aufstände der Verzweifelten – je nach Bedarf – gegen unliebsame Regierungen unterstützen (Syrien / Stiftung Politik und Wissenschaft, Libyen, Libanon, Iran, Ägypten K.-Adenauer-St. in Ägypten – von der Ukraine will ich hier gar nicht reden),
3. weil sie, wo dies zur Durchsetzung der eigenen Interessen opportun erscheint, zur ethnischen und religiösen Spaltung ganzer Staaten

beitragen und die dafür nötigen Kriege finanzieren (früher Eritrea, Sudan, Somalia – von der Ukraine will ich schon wieder nicht reden),

4. weil die Staaten des Westens unliebsame Bewegungen und Organisationen bespitzeln, verfolgen, ihre Mitglieder und deren Angehörige foltern, sie mit Drohnen beschießen, sie von Milizen vernichten lassen usw. (Irak, Jemen, Pakistan, Somalia, Afghanistan...),
5. weil sie befreundete und verbündete Regime bei ihrer Kriegführung unterstützen (Saudi-Arabien, Katar, Arabische Emirate, Jordanien, Türkei usw.) Diktaturen, Demokratien, Monarchien und Gottesstaaten für ihre Beiträge zur westlichen Weltordnung aus- und aufrüsten und so von sich abhängig machen,
6. weil sie mit Wirtschaftsembargos und Blockaden die Lage der Völker in unliebsamen Staaten weiter zu verschlechtern suchen (Bsp. Irak unter Saddam, Kuba-Embargo, Iran-Embargo), um sie zu Hungeraufständen gegen ihre Regierungen aufzuwiegeln,
7. weil sie Putschs gegen antiwestliche Regierungen, die auf demokratischem Wege an die Macht gekommen sind, und dazugehörige Militärdiktaturen offen unterstützen (Algerien) oder zumindest decken und militärisch ausrüsten (Ägypten, Libyen).

Und sie sind die unvermeidlichen Opfer der militärischen Hegemonie,

1. weil die USA und die EU-Staaten überall dort, wo diese friedliche Diplomatie nicht ausreicht, um ihre Interessen durchzusetzen, entweder im Alleingang, im NATO-Bündnis oder einer Koalition der Willigen zur offenen Kriegführung übergehen, Söldnertruppen zusammenstellen oder gleich selber bombardieren, einmarschieren oder besetzen (Jugoslawien, Afghanistan, Irak, Libyen, Mali, usw.), natürlich nur ??? um die „Zivilbevölkerung zu schützen“.

Schließlich werden sie dann noch Opfer der zu diesem Programm gehörenden europäischen Grenz- und Flüchtlingspolitik:

Wenn nämlich diese viel zitierte „Zivilbevölkerung“, auf die sich die westlichen Staaten so gerne bei ihren Kriegen berufen, den soeben aufgezählten Horror überlebt und aus ihrer Verzweiflung und Ohnmacht einen sinnvollen Schluss zieht, nämlich nach Europa zu fliehen, dann muss diese Zivilbevölkerung erfahren, dass die „humanitäre Hilfe“ des Westens so gar nicht gemeint war.

Sie stoßen an die Außengrenzen der Europäischen Union und dürfen nicht einreisen. Der sichere und unkomplizierte Zugang mit Fähren und Fluggesellschaften von ihren Heimatländern aus (übrigens fast alle zugleich Ziele des Ferntourismus) bleibt ihnen ohne Aufenthaltstitel der EU verwehrt. Jede Hoffnung der „Beschützten“, der „unschuldigen Zivilbevölkerung“ der „schutzlosen Männer, Frauen und Kinder“, auf legale und sichere Weise diesem Horror zu entgehen, wird durch ein hermetisches Grenzregime zunichte gemacht. Der Versuch, es auf unerlaubte Weise doch zu tun, also illegal einzureisen, kostet dann weiteren Tausenden das Leben.

1. Zwischenfazit:

Die Flüchtenden sind also tatsächlich die ebenso unerwünschte wie unvermeidliche Konsequenz der ökonomischen, politischen und militärischen Konkurrenzanstrengungen der EU-Staaten, ihrer Verbündeten und ihrer Unternehmen, die ich soeben gekennzeichnet habe! Die Flüchtenden sind die zivilen Opfer des Erfolgswegs des Europäischen Staatenbündnisses.

Damit stellt sich die Frage:

Warum betreiben die europäischen Staaten eine so grauenvolle expansive Politik, wie ich sie soeben beschrieben habe?

1. Weil das Kapitalwachstum (das kennen alle als „Wirtschaftswachstum“) die wirtschaftliche Grundlage der politischen Macht ist. Von der KITA bis zum Panzer kauft sich der moderne Staat die Mittel seiner Politik (Staatshaushalt:

Steueraufkommen, Verschuldungsfähigkeit bzw. Kreditwürdigkeit). In ihrem Interessen an einem größeren Wirtschaftswachstum setzen sich deren Regierungen (parteiübergreifend) dafür ein, dass die nationalstaatlichen Grenzen der Volkswirtschaft keine Schranken der kapitalistischen Akkumulation darstellen. (Hier gilt nämlich wirklich: Grenzen auf für alle – Rohstoffe, Waren, Geld, Kapital und ggf. Arbeitskraft. Die staatlichen Grenzen sollen ihre wachstumsbeschränkende Wirkung verlieren. Damit das funktioniert, hat die Politik einiges zu leisten: Konvertibilität des Geldes, grenzüberschreitende Geschäftsbeziehungen, Handelsverträge usw.

2. Sowohl innerhalb Europas – Stichwort EU-Binnenmarkt – als auch weltweit soll deutsches bzw. österreichisches Kapital expandieren und damit durchaus auch auf Kosten anderer Staaten wachsen (der Fall Griechenland, also der Ruin eines Staates in der EU, ist insofern auch kein Zufall, sondern Ausdruck dieser jeweiligen nationalen Wachstumsstrategien, die sich nämlich keineswegs arbeitsteilig ergänzen, sondern wechselseitig ihren Erfolg streitig machen). Grenzüberschreitende Kapitalakkumulation innerhalb des EU-Binnenmarktes und damit Wachstum von weltmarktfähigen Unternehmen, die weltweit erfolgreich sind – das ist der tatsächliche Zweck der europäischen Union (und nicht: ein Friedensbündnis als pazifistische Lehre aus zwei Weltkriegen zu sein).
3. Weil das angestrebte grenzüberschreitende Wachstum somit mit den gleichen Interessen anderer Staaten in Konflikte kommt, sie zum Teil auch ruiniert, bedarf es der diplomatischen, politischen und notfalls militärischen Sicherung dieser globalen Weltordnung – durch die Staaten mit erfolgreicher Kapitalakkumulation. Es ist insofern kein Zufall, dass die kapitalistisch erfolgreichen Staaten zugleich auch die imperialistischen Hauptakteure auf der Welt sind. (Exkurs zu Weltmarkt und Weltmacht im Verhältnis BRD /USA / Gauck: Deutschland muss mehr Verantwortung übernehmen)

Das war es, was der ehemalige Bundespräsident Horst Köhler – vielleicht etwas ungeschickt – bei einem Interview für das

Deutschlandradio am 22. Mai 2010 im Hinblick auf künftige Kriegseinsätze der Bundeswehr seinem Volk sagen wollte:

„Meine Einschätzung ist aber, dass wir auf dem Wege sind, doch auch in der Breite der Gesellschaft zu verstehen, dass ein Land unserer Größe mit dieser Außenhandelsorientierung und damit auch Außenhandelsabhängigkeit wissen muss, dass im Zweifel, im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege, zum Beispiel ganze regionale Instabilitäten zu verhindern, die mit Sicherheit dann auch auf unsere Chancen zurückschlagen negativ durch Handel, Arbeitsplätze und Einkommen. Alles das soll diskutiert werden und ich glaube, wir sind auf einem nicht so schlechten Weg. [...] Es wird wieder sozusagen Todesfälle geben. Nicht nur bei Soldaten, möglicherweise auch durch Unfall mal bei zivilen Aufbauhelfern. [...] Man muss auch um diesen Preis am Ende seine Interessen wahren. [...]“ Horst Köhler: 22. Mai 2010 in einem Interview mit dem [Deutschlandradio](#)

Sein aktueller Nachfolger Gauck beschwört inzwischen bei jeder Gelegenheit, dass Deutschland endlich seine militärische Zurückhaltung aufgeben und mehr (nein, nicht Macht, sondern) Verantwortung in der Welt übernehmen müsse.

Die nationalstaatlich verfasste Marktwirtschaft also ist der zwingende politökonomische Grund für jene Maßnahmen und ihre Folgen, die ich vorhin in groben Zügen beschrieben habe. (Es ist also gerade *nicht* die koloniale Vergangenheit, sondern die freiheitliche kapitalistische Gegenwart des Nationalstaats. Es sind auch nicht die fragwürdigen Einstellungen oder Denkweisen der Regierenden wie Chauvinismus, Eurozentrismus, Paternalismus – obwohl ich deren Existenz gar nicht bestreiten will. Und schließlich ist dieses Programm auch keine Frage der friedenspolitischen Ernsthaftigkeit der politischen Parteien.

Lehrstück 1: *Kleiner Exkurs zu SPD, Grünen und Linkspartei* (auch wenn ich mich damit vielleicht unbeliebt mache) (diese Standpunkte haben hier vermutlich andere Namen, aber das gleiche oder ein ähnliches Programm):

Wenn linke Parteien sich vornehmen, den Kapitalismus im Interesse

seiner Opfer zu regieren, die politische Macht in der Bundesrepublik im Namen der Armen und Entrechteten zu erobern, dann begreifen sie sehr schnell: Sie müssen eben auch auf die ökonomische Grundlage dieser Macht und ihre weltweiten Verwertungsbedingungen Rücksicht nehmen. (Parteiinterne Begründung: Schließlich ist mit einer kriselnden Ökonomie, Massenarbeitslosigkeit und leeren Staatskassen auch niemand gedient.) Ein solcher politischer Reifungsprozess von der Protest- zur Regierungspartei braucht seine Zeit und geht nicht ohne Ausgrenzung von so genannten „Spinnern“ oder „Fundamentalisten“ ab, die darauf insistieren, dass der Kapitalismus „System hat“, also nicht zu verbessern, sondern abzuschaffen ist. (in Deutschland: SPD, Grüne, Linkspartei – erst als Drama 1914-1919 / SPD und dann mehr als Farce Grüne / Linkspartei.)

Kein Wunder also die entsprechende Wende bei den Grünen, der ehemaligen deutschen Friedenspartei, die dann in den 90er Jahren zusammen mit der SPD die ersten deutschen Kriegsbeteiligungen im Kosovo und in Afghanistan durchgesetzt haben. Kein Wunder auch, dass die Linkspartei gerade denselben Prozess durchmacht...

Lehrstück 2: China – ein Staat, der mit einem antiimperialistischen Gründungsprogramm anfängt und heute, nach diversen Wendungen, ganz notwendig dazu kommt, dass er das weltmarktmäßige Wachstum seiner sehr erfolgreichen Unternehmen absichern muss durch eine entsprechende politische und geostrategische Einflussnahme. D.h. eine entsprechende Außenpolitik, die sich Verbündete sucht, Ausrüstung einer modernen Armee, Stützpunkte, erste militärische Einsätze (z.B. bei der Piraterie-Bekämpfung am Horn von Afrika). (Buch!)

Imperialismus – um diesen alten und in Deutschland tabuisierten Begriff einmal zu verwenden – ist also keine Frage guter oder schlechter Politik, friedliebender oder aggressiver Parteiprogramme. Der skizzierte Imperialismus ist schlicht ein politökonomisches Funktionserfordernis des wirtschaftlichen Wachstums in nationalstaatlich regierten und erfolgreich wachsenden Marktwirtschaften.

Zu diesem Programm gehört notwendig eine Flüchtlingspolitik, die ihrem Grundsatz nach auf Abschreckung angelegt sein muss (von ihr

zu unterscheiden sind Zuwanderungspolitik, bei der ökonomisch nützliche Ausländer ins Land geholt werden und das Asylrecht, das ein außenpolitisches Instrument ist, auf das ich hier aus Zeitgründen nicht eingehen kann – Artikel Krölls!). Aufnahme und Versorgung der massenhaften Opfer, die ihr ökonomisches und politisches Programm weltweit anrichtet, ist und kann der Logik der Sache nach kein Zweck dieser Staaten sein (der EU genauso wenig wie der USA). Abschottung der EU-Grenzen ist also die erste und Leitlinie, die mit viel finanziellem Aufwand durchgezogen wird. Es gehörte zu diesem Konzept durchaus dazu, dass immer wieder Schiffe kentern und zu großen Zahlen an Opfern führen, ebenso wie die Zustände in den hoffnungslos überfüllten Auffanglagern – die EU zahlt übrigens dafür, dass diese Bilder in Afrika verbreitet werden, alles mit dem Ziel, die Menschen schon vor Ort von ihrer Flucht abzuschrecken.

Die offizielle EU-Linie hat auf die vielen Toten in diesem Jahr mit einem 10-Punkte-Plan reagiert, der vor allem zwei Sachen ins Auge fasst: 1) die Schleuser zu bekämpfen, indem ihre Schiffe vernichtet werden, 2) die Flüchtlinge am besten schon in Afrika abzufangen, mit Lagern vor Ort, mit Asylverfahren dort etc., wofür sie die Regierungen afrikanischer Staaten finanziell unterstützen will (in beiden Fällen stellt es für diese Berechnungen ein gewisses Problem dar, dass ihre Ansprechpartner inzwischen weitgehend aus „failed states“ bestehen, sprich: dass diese Staaten komplett zugrunde gerichtet sind und als Staatlichkeit nicht mehr wirklich existent z.B. Libyen!). Das – Schleuser bekämpfen, Leute schon in Afrika abfangen – versteht die EU nämlich unter einer „Bekämpfung der Ursachen“!

Inzwischen gibt es auch einige Stimmen, die zu einem Überdenken dieser Linie auffordern. Ihr Argument ist weniger, dass es so viele Tote gegeben hat, sondern das, dass die Flüchtlingsströme trotz der vielen Toten eben einfach nicht geringer werden. Sie fragen deshalb, ob die EU nicht einen Teil von ihnen als nützliche Arbeitskräfte einwandern lassen soll und ob es nicht fahrlässig ist, sich eventuell Hochqualifizierte (etwa aus Syrien, diesem schrecklichen Unterdrückerstaat!) entgehen zu lassen. Einerseits merkt man diesen Überlegungen an, an welchen Kriterien sie die Flüchtlingspolitik überdenken wollen (jedenfalls nicht am Maßstab, das Elend dieser

Leute aus der Welt zu schaffen! Sondern als Bestandteil einer Zuwanderungspolitik). Andererseits ist schon im Ansatz klar, dass eine eventuelle Änderung auf einen scharfen Selektionsprozess hinauslaufen würde – denn das ganze Flüchtlingselend aufnehmen, das können und das wollen die EU-Staaten selbstverständlich auch unter Einbezug solcher Überlegungen in keinem Fall.

Abschließend möchte ich festhalten. Es ist also tatsächlich so: Die Flüchtlinge, die vielen Toten im Mittelmeer sind der unvermeidliche Kollateralschaden der europäischen Wachstumsinteressen wie der europäischen Weltordnungsbeteiligung.

Teil II

Die öffentliche Debatte über die Flüchtlingstoten will ich in Bezug auf vier Punkte würdigen.

1. Die Mainstream-Presse: Die EU kommt in ihr nicht als Verursacher, sondern als Retter vor.
2. Kritik an der EU: Sie tut zuwenig
3. Die linke Variante: Grenzen auf für alle
4. Flüchtlingsorganisationen/Pro Asyl fordern: Schutz für Flüchtlinge, nicht Schutz vor Flüchtlingen

1. In „normalen“ Zeiten bringen es die anfallenden Opfer meist nur zu kurzen Randnotizen; sie werden mehr oder weniger ignoriert und damit verharmlost. Ertrinken sie in großer Zahl, wird daraus eine „Tragödie“, eine „Katastrophe“, der sich die Journalisten ausgiebig widmen. Indem sie es zum völlig außergewöhnlichen, ja skandalösen Vorfall hochstilisieren, geht die Härte dessen, was da tagtäglich passiert, dann völlig verloren. Auffällig auch, dass in der gängigen öffentlichen Berichterstattung die Europäer eigentlich immer als diejenigen vorkommen, die die armen Ertrinkenden aus dem Mittelmeer fischen und in Decken wickeln. Die Küstenwache, die Frontex-Schiffe werden eher selten ins Bild gerückt, um so mehr aber Rettungsaktionen. So kann man es eben darstellen, wenn man alle Schritte vorher einfach kurzerhand weglässt: was die EU mit den Zuständen in den Heimatländern der Flüchtlinge zu tun hat und was sie damit zu tun hat, dass alle legalen Fluchtwege unmöglich sind. Dann sieht die Welt so aus: So viele wollen in unser schönes Europa,

nehmen dafür die abenteuerlichsten Wege auf sich, werden von bösen Menschen (die jetzt Schleuser heißen – früher Fluchthelfer!) ausgenommen und willentlich gefährdet und jetzt (!) jetzt (!) kommen wir ins Spiel – als Retter. Das ist eine der Hauptlinien der Berichterstattung, die die EU gleich zweifach toll aussehen lässt: als ersehntes Traumziel der Armen – da fühlt sich der deutsche Hartz-IV-Bezieher gleich ein Stück reicher! – und als Staatenverein, der sich der Humanität verschrieben hat.

2. Es gibt aber auch kritische Stimmen. Der deutsche Bundespräsident Gauck hat sich in die Flüchtlingsdebatte mit einer gekonnten Selbstanklage eingeschaltet: „Europa könnte und sollte mehr tun“ /SZ 2./3.5.2015); und „Leben zu schützen (!) und Flüchtlingen Gehör zu verschaffen sind wesentliche Grundlagen unserer Rechts- und Werteordnung. Zuflucht Suchende bedürfen des Schutzes. Wegzuschauen und sie hineinsegeln zu lassen in einen vorhersehbaren Tod, missachtet unsere europäischen Werte.“ (4.10.2013)

Diese Anklage, in die er alle seine Bürger gleich großzügig mit einbezieht, lautet: Europa tut nicht genug. Als wäre der Schutz der Flüchtlinge das europäische Programm und als hätten die Europäer damit, dass die Leute keine Lebensgrundlagen mehr haben und fliehen müssen, nichts zu tun. Um es noch mal ganz deutlich zu sagen: Der Vorwurf der „unterlassenen Hilfeleistung“ – Stichwort „Festung Europa“ „Abschottung“ usw. – geht brutal an der Sache vorbei, ganz egal, ob ihn ein Bundespräsident oder ein kritischer Journalist äußert. **Europa tut nicht zu wenig beim Flüchtlingsschutz. Europa produziert die Flüchtlinge!** Kein Wunder und überhaupt kein Widerspruch zu seinem Auftrag, wenn es die Opfer seiner Erfolgsstrategie nicht haben will.

Der deutsche Bundespräsident verlängert seine Anklage noch auf bemerkenswerte Art und Weise. Was ist für ihn schlimm daran, wenn die Flüchtlinge in ihren vorhersehbaren Tod segeln? Die Werte Europas nehmen Schaden! Nicht die Flüchtlinge, die gerade sterben, sind also recht eigentlich die Opfer; das Opfer ist unser Europa, das schlecht aussieht, wenn an seinen Grenzen die Leute verrecken.

3. Andere Kritiker, viele linke Gruppen etwa, bemerken die Härte und die tödlichen Konsequenzen der Flüchtlingsfrage. Sie fordern ihre

Staaten zu einem anderen Umgang auf, „Grenzen auf für alle“, „kein Mensch ist illegal“ usw. Vielleicht wollen sie damit auf etwas aufmerksam machen. Etwa, dass Grenzen und Pässe nichts Natürliches sind. Es ist allerdings so, dass heute das Leben eines Menschen (also sein Menschsein) in der Tat sehr entscheidend und real davon abhängt, welchen Rechtsstatus er besitzt. Deshalb meine Frage an sie: Wollen sie wirklich bei so einer ebenso bornierten wie unrealistischen Forderung stehen bleiben, Grenzen und Pässe mitten im weltweiten Kapitalismus und weltweiter Staatenkonkurrenz abzuschaffen? Wollen sie ernsthaft die Staaten, die dieses globale Elend samt lokaler Flüchtlingspolitik zu verantworten haben, auffordern, ihre Grenzen ausgerechnet für diejenigen zu öffnen, mit denen Staat, Kapital und Imperialismus schon in ihrer Heimat nichts anzufangen wissen? Wollen sie ihre Kritik nicht auf die Ursachen der Not und deren Verursacher mit ihren Interessen, ihren Rechnungen und ihrer Gewalt richten?

(Und wäre es – einmal davon abgesehen, dass die europäischen Regierungen solche Forderungen aus den genannten Gründen ablehnen müssen – überhaupt sinnvoll und wünschenswert, alle Opfer der globalen Weltordnung die Chance zu eröffnen, mit den bereits dort ortsansässigen Armen um eine Wohnung im segensreichen Moloch deutscher, französischer oder britischer Slums zu konkurrieren, oder darum zu streiten, wer dort die Klos von McDonald's oder die Flure deutscher Ämter und Behörden putzen darf oder sich mit iberischen Arbeitslosen darum zu schlagen, wer auf den Plantagen spanischer Agrarkonzerne die Chance bekommt, Pestizide zu inhalieren?) Wohl eher nicht.

4. Zum Schluss noch die Kritiker vom Flüchtlingsrat und von **Pro Asyl**

„PRO ASYL fordert einen völligen Neubeginn in der Flüchtlingspolitik Europas. Die Abschottungspolitik der beiden letzten Dekaden ist gescheitert. Der tausendfache Tod von Flüchtlingen an den Außengrenzen Europas bedeutet den moralischen Bankrott der Flüchtlings – und Menschenrechtspolitik der EU“ (Presseerklärung Pro Asyl 4.10. 2013) (Pressemitteilung vom 4.10.2013)

Meine Kritik an Pro Asyl und anderen Organisationen richtet sich gegen die „staatsidealistische“ Verurteilung des deutschen

Innenministers und der europäischen Migrationspolitik.

Zur Begründung: Pro Asyl spricht angesichts der Toten vor Lampedusa in seiner Presseerklärung vom "Scheitern der europäischen Flüchtlingspolitik". Dabei ist – einmal ganz nüchtern betrachtet – offensichtlich nicht die Flüchtlingspolitik, sondern das Leben der Flüchtlinge an der durchaus wirkungsvollen Politik gescheitert. Wie kommt es zu dieser – zunächst einmal "nur" sachlich verkehrten – Kritik?

M.E. stellen sich die Menschenrechts- und Hilfsorganisationen vor, Flüchtlingspolitik habe "eigentlich" (!) dem Schutz für Flüchtlinge und nicht dem Schutz vor Flüchtlingen zu dienen. Über Asyl- und Menschenrechte werden also Ideale entwickelt und es wird erwartet, dass der real-existierende Staat diese zu verwirklichen habe. (Dabei könnte schon der Satz "Politisch Verfolgte genießen Asyl", hellhörig machen. Damit wird Armut als Grund für Asyl schon komplett ausgeschlossen. Politisches Asyl gibt es dann auch nicht einfach, weil jemand verfolgt wird, sondern auf Basis der außenpolitischen Kalkulationen von Staaten – hier hat das Beispiel von Edward Snowden ja ganz schön für Klarheit gesorgt!. Vgl. Krölls dazu auch den Text auf dem Büchertisch!) Die gegenteilige Erfahrung in der Wirklichkeit, die tödliche Abschottungspolitik - Pro Asyl verschließt nicht die Augen vor der Wirklichkeit (sondern sorgt in dieser Hinsicht mit seiner Öffentlichkeitsarbeit für Aufklärung, die ich sehr schätze!) - wird nicht als Ent-Täuschung im Wortsinne über die eigenen Ideale genommen sondern enttäuscht zur Kenntnis genommen: >Der Staat wird Aufgaben, die er selbst zwar gar nicht verfolgt, aber an die ich (Pro Asyl u.a.) gerne glaube, gar nicht gerecht! Er entspricht nicht meinen höheren Idealen über ihn. usw.<

Bei aller Kritik an der politischen Wirklichkeit lässt man sich in dieser Logik den guten Glauben an die segensreichen Aufgaben der politischen Gewalt, der man unterworfen ist, nicht nehmen. Heraus kommt eine Kritik, die als Hass-Liebe bezeichnet werden kann. Bei aller falschen (s.o.) Kritik an den Politikern bleibt man unerschütterlicher Parteigänger des Staates, dessen Interessen diese Politiker vertreten.

Um das an einem zweiten Beispiel zu verdeutlichen: Pro Asyl wirft dem Innenminister "Verantwortungslosigkeit" vor, wenn dieser mit all

seiner Macht in der EU für Dublin II und III und eine verschärfte Flüchtlingspolitik eintritt. Wie dies, wo doch ganz offensichtlich ist, dass der Minister bewusst und öffentlich für seine Ziele eintritt? M.E. will man sich die Macht nicht als "Macht" über das Leben anderer (in diesem Fall der Flüchtlinge) vorstellen, sondern als "Verantwortung" für (!) das Leben usw. Auch hier wird die gegenteilige Erfahrung nicht zum Anlass zunächst einer Selbstkritik, die eigene Idealisierung der Macht betreffend, genommen, sondern im Gegenteil der Macht vorgeworfen, dass sie einmal mehr nicht so gut war, wie man an sie zu glauben bereit ist.

Das nenne ich einen enttäuschten Staatsidealismus. Und der ist und bleibt bei aller Enttäuschung ein Idealismus. Ein Wunschdenken, die eigene Staatsgewalt und ihre menschenrechtlichen Prinzipien betreffend. Das finde ich verkehrt. Denn die Folge ist der folgenlose und gerade darin staatstragende Ruf nach guten Gesetzen, verantwortungsvollen Politikern, unverbrauchten Parteien usw.

Fazit:

1. Das imperialistische Geschäft geht munter weiter. (Aktuelle SZ)
2. Die Flüchtlingsabwehr wird verschärft und die Leute ersaufen.
3. Die Kritiker des Flüchtlingselends wenden sich vertrauensvoll an ihre Regierungen und werfen den Verursachern der Not unterlassene Hilfeleistung vor. Scham, Wut und Betroffenheit; als ob sich dafür jemand etwas kaufen könnte...

Schluss: Offenbar will angesichts der Toten doch niemand die ökonomischen und politischen Grundlagen des Leids in Zweifel ziehen.

Hinweis Texte

Homepage/email-adresse

Sommercamp GKN

Gruppe K homepage